

## **DIE GESUNDHEITS- UND FORSCHUNGSPOLITIK** 28.05.2008 **IM SPIEGEL DER NEUEN GRUNDSATZ- PROGRAMME VON CDU, CSU UND SPD**

**Autor**  
Roger Jaeckel  
☎ 089/360 44-83 27  
[roger.jaeckel@gsk.com](mailto:roger.jaeckel@gsk.com)

### **Executive Summary**

- Die im Herbst 2007 verabschiedeten neuen Grundsatzprogramme von CDU, CSU und SPD markieren in der Gesundheitspolitik keine parteipolitische Aufbruchstimmung.
- Der politische Schlagabtausch um die jüngste Gesundheitsreform (GKV-WSG) hat tiefe Spuren hinterlassen, die eine weitergehende und vorausschauende Reformpolitik im Sinne eines ordnungspolitisch stringenten Lösungsansatzes vermissen lässt.
- Übereinstimmung gibt es beim Zugang zum medizinischen Fortschritt und bei der Prävention, allerdings mit unterschiedlichen Gestaltungsansätzen.
- Ordnungspolitisch entwickelt die CSU die klarsten Vorstellungen im Sinne eines wettbewerblich geprägten Ordnungsmusters. Bei der Finanzierungsfrage erhebt lediglich die CDU eine klare Forderung in Richtung Abkopplung der Gesundheits- von den Arbeitskosten.
- Für mehr individuelle Wahlmöglichkeiten in Form von Wahlтарifen sprechen sich CSU und CDU aus, die CSU sogar explizit für den Erhalt der PKV. Die SPD hingegen betont nach wie vor das Modell der solidarischen Bürgerversicherung, auch im Sinne einer Nicht-Zweiklassenmedizin.
- Bei den forschungspolitischen Zielvorstellungen räumen alle drei Volksparteien diesem Politikfeld einen enorm wichtigen Stellenwert ein.
- Gemeinsamkeiten gibt es bei der Forderung nach einer finanziell stärkeren Beteiligung des Staates als auch für eine verbesserte Vernetzung von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und der Industrie.
- Für eine schnellere Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte plädieren CDU und CSU.
- Zwischen Forschungs- und Gesundheitspolitik gibt es nach wie vor keinen konzeptionellen Brückenschlag, den es in den kommenden Jahren weiterhin einzufordern gilt.
- Forschungspolitik schlägt damit Gesundheitspolitik, wobei CDU und CSU für eine offensive Politikstrategie eintreten, während die SPD sich durch eine kritische Grundhaltung auszeichnet.

## 1. EINLEITUNG

Parteilpolitische Grundsatzprogramme verfügen generell über eine beachtliche Haltbarkeitsdauer. Umso erstaunlicher, dass im Herbst 2007 sich die drei großen Volksparteien fast zeitgleich eine neue Parteiprogrammatik verordnet haben. Ob dies dem Zufall oder doch eher dem Parteienwettbewerb geschuldet ist mag dahingestellt bleiben. Eine gute Gelegenheit jedenfalls, die relevanten Zielvorstellungen und Forderungen in Bezug auf die wichtigen Politikfelder „Gesundheit“ und „Forschung“ einem ersten Belastungstest in Richtung Bundestagswahl 2009 zu unterziehen. Mittels der vorliegenden vergleichenden Analyse geht es vor allem um die Darstellung, welche gesundheits- und forschungspolitischen Gemeinsamkeiten existieren, aber auch welche Unterschiede in den drei Parteiprogrammen sich inhaltlich auf tun. Die Ergebnisse lassen sich dann jeweils zu einem parteipolitischen Gesamtprofil zusammenzuführen.

## 2. DIE GESUNDHEITSPOLITISCHEN ZIELVORSTELLUNGEN VON CDU, CSU UND SPD IM ÜBERBLICK

Kein Zweifel. Mit dem GKV-WSG wird das Jahr 2007 in die gesundheitspolitische Reformgeschichte eingehen. Umso spannender die Frage, wie sich CDU, CSU und SPD als große Volksparteien parallel zu dem innerhalb der großen Koalition ausgehandelten Kompromissmodell „Gesundheitsreform“ programmatisch für die drängenden Zukunftsfragen im Gesundheitswesen perspektivisch darüber hinaus aufstellen. Zwei zentrale Fragenkomplexe stehen dabei im Vordergrund:

1. Wie groß stellt sich der parteipolitische Veränderungswillen unabhängig von dem zuletzt doch nur sehr mühsam erkämpften Reformkompromiss tatsächlich dar?
2. Welche ordnungspolitischen Ansätze und Weiterentwicklungstendenzen sind über den gerade in der aktuellen Umsetzung befindlichem GKV-WSG Reformprozess hinaus erkennbar?

Zu den äußeren Rahmenbedingungen gehört der Umstand, dass die große Koalition gerade die zweite Hälfte ihrer Regierungszeit durchlebt und daher nicht von vorn herein dem Druck ausgesetzt ist, politische Botschaften bereits in konkrete Wahlprogramme umsetzen zu müssen. Von dieser komfortablen Ausgangslage kann die CSU jedoch nicht profitieren, muss sie doch schon im Herbst 2008 unter neuer Führung ihr Standardergebnis 50% plus x verteidigen. Von daher dürfen von der CSU noch die klarsten Vorstellungen erwartet werden, wie die Zukunftsprobleme des Gesundheitswesens am Erfolgreichsten zu meistern sind.

Zunächst gilt für alle drei Parteien, dass sie der Gesundheitspolitik eine stiefmütterliche Behandlung zukommen lassen. Offensichtlich sind die Geschehnisse um das Ringen eines akzeptablen Reformkompromisses im Zuge des GKV-WSG noch nicht ganz verdaut. Vielleicht ist aber auch ganz einfach die Lust nach einem eigenständigen gesundheitspolitischen Reformansatz abhanden gekommen. Eine gedankliche Reformblockade mag aber auch dadurch verursacht sein, dass die Umsetzung der letzten Gesundheitsreform einem mehrjährig vorgegebenen Zeitplan folgt und wichtige Reformbausteine wie die Fi-

nanzreform (Morbi-RSA, Gesundheitsfonds) erst 2009 implementiert werden. Keine guten Voraussetzungen jedenfalls für große Zukunftsentwürfe.

In der zusammengestellten Synopse (s. Übersicht auf der nächsten Seite) sind die gesundheitspolitischen Themenschwerpunkte der nächsten Jahre einmal exemplarisch gegenübergestellt. Parteipolitische Übereinstimmung herrscht ganz offensichtlich darin, dass der „Zugang zum medizinischen Fortschritt“ auch künftig für alle gewährleistet sein muss. Der Weg dahin, wie diese Vorstellung konkret umzusetzen ist, wird jedoch von keiner Seite näher beschrieben.

Auch beim Modethema „Prävention“ sind sich die Politiker über die Parteigrenzen hinweg einig, dass dies auf die gesundheitspolitische Zukunftsaenda gehört. Inhaltlich unterscheiden sich die Vorstellungen in der Weise, dass die CDU dies gern mit einem wettbewerblichen Ansatz umsetzen möchte (Bonusmodelle, Wahl- und Selbstbehalttarife), während die CSU die Prävention bei Kindern verankern möchte. Die SPD hingegen drängt auf verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen und auf eine Gesundheitserziehung von Anfang an. Das politisch jüngst gescheiterte Präventionsgesetz offenbart jedoch das Problem, dass dieses gesellschaftspolitisch wichtige Anliegen allein mit den gesundheitspolitisch zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Mitteln nicht zu bewältigen ist.

Das war es auch dann schon mit den gesundheitspolitischen Gemeinsamkeiten. Bei den übrigen Themenschwerpunkten lässt die CSU als einzige Partei ein wettbewerblich geprägtes Ordnungsmuster erkennen, welches das staatliche Handeln auf die Vorgabe von Rahmenbedingungen beschränkt.

Bei der Finanzierung hat lediglich die CDU eine klare Vorstellung darüber, dass eine schrittweise Abkopplung der Gesundheits- von den Arbeitskosten erfolgen soll. Letztlich auch keine neue Idee, sondern das Modell der Gesundheitsprämie mit einer etwas abgeschwächten Formulierung.

Interessanterweise wird von keiner Partei der ab 2009 beschlossene Gesundheitsfonds erwähnt. Dies lässt zwei Rückschlüsse zu: Entweder fehlt es an einer parteiinternen Überzeugung, dass der Fonds entgegen dem strittigen Reformkompromiss doch nicht eingeführt wird oder man gibt sich gutgläubig, dass dieses politisch sehr schwer handhabbare Thema wie beschlossen seinen Lauf nimmt, ohne näher darüber nochmals nachdenken zu wollen. Beide Varianten werfen jedoch kein gutes Licht auf eine zukunftsgerichtete Gesundheitspolitik.

Hinsichtlich der GKV betont die SPD nach wie vor das Modell der solidarischen Bürgerversicherung und möchte im Ergebnis auf eine „Nicht-Zweiklassenmedizin“ hinaus. Die CSU hingegen möchte keine nivellierende Einheitsversicherung und meint damit auch den Erhalt der PKV als Vollversicherung.

Bei den Wahlтарifen sprechen sich CDU und CSU weiterhin für individuelle Wahlmöglichkeiten in der GKV aus. Dies steht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Gedanken der Stärkung der Eigenverantwortung und dem Wunsch nach mehr Patientenmündigkeit, während die SPD bei diesem Punkt sich vornehmlich in Zurückhaltung übt.

### Gesundheitspolitische Zielvorstellungen von CDU, CSU und SPD im Überblick

Themenschwerpunkte	<b>CDU</b> (Grundsatzprogramm vom 03./04.12.2007)	<b>CSU</b> (Grundsatzprogramm vom 28.09.2007)	<b>SPD</b> (Grundsatzprogramm vom 28.10.2007)
<b>Ordnungspolitische Zielvorstellungen</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Staat gibt Rahmenbedingungen, lässt aber Freiraum für eigenes, verantwortliches Handeln für alle im Gesundheitswesen Beteiligten</li> <li>• die Angebote und die Produktivität der Leistungserbringung nicht in erster Linie per Gesetz oder durch planwirtschaftliche Regulierung verbessern</li> <li>• transparenter Wettbewerb und Anreizsystem für Anbieter und Krankenversicherungen</li> </ul>	
<b>Access</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zugang zum medizinischen Fortschritt für Alle</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zugang zum medizinischen Fortschritt für Alle</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zugang zum medizinischen Fortschritt für Alle</li> </ul>
<b>Finanzierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schrittweise Abkopplung der Gesundheits- von den Arbeitskosten</li> </ul>		
<b>Krankenversicherung</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine nivellierende Einheitsversicherung</li> <li>• Erhalt der Privatversicherungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Solidarische Bürgerversicherung</li> <li>• Keine Zweiklassenmedizin</li> </ul>
<b>Wahltarife</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Individuelle Wahlmöglichkeiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entscheidungsfreiräume und Wahlmöglichkeiten eröffnen</li> </ul>	
<b>Patientenorientierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Eigenverantwortlicher Patient</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Versicherten</li> <li>• Mehr Selbstbestimmung und Mündigkeit des Patienten</li> </ul>	
<b>Prävention</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbau v. Bonus-Modellen</li> <li>• Wahl- und Selbstbehalttarife</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorsorge bei Kindern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesundheitserziehung von Anfang an</li> <li>• Verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen</li> </ul>
<b>Industrie</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erschließung der Potenziale von Hightech-Branchen wie Pharma, Biotechnologie und Medizintechnik für Bayern</li> </ul>	

Quelle: Grundsatzprogramme von CDU, CSU und SPD; Übersicht und Zusammenstellung GlaxoSmithKline, Abteilung Gesundheitspolitik

### 3. DIE FORSCHUNGSPOLITISCHEN ZIELVORSTELLUNGEN VON CDU, CSU UND SPD IM ÜBERBLICK

Mit Beginn der großen Koalition trat auch wieder der politische Wille spürbar zutage, die erkennbaren Schwächen des Forschungsstandortes Deutschland beseitigen zu wollen. Insbesondere Bundesforschungsministerin Schavan hat seit Ende 2005 zahlreiche Initiativen gestartet, den eingeschlafenen Forschungsriesen Deutschland wieder zum Leben zu erwecken. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die politischen Großparteien im Zuge der Fortschreibung ihrer Grundsatzprogramme der Forschungspolitik ein gehöriges Augenmerk schenken. Hintergrund ist sicherlich auch das gewachsene Bewusstsein, dass die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen mit dem politischen Willen zur Förderung von Forschung und Entwicklung steht und fällt. Mittels der nun durchgeführten vergleichenden Programmanalyse sollten zwei Fragestellungen fokussiert werden:

1. Welchen forschungspolitischen Masterplan haben die drei Parteien im Sinne von Gemeinsamkeiten und Unterschieden entwickelt?
2. Wie ist es allgemein um den Vernetzungsgedanken zwischen Forschung und Gesundheit bestellt?

Zunächst ist auffällig, dass der Stellenwert von Forschung bei allen drei Parteien einen hohen Stellenwert einnimmt. Während die SPD in diesem Zusammenhang auf die Qualität des deutschen Humankapitals abstellt, verbinden sowohl CDU als auch CSU damit den Grundgedanken einer schnelleren Umsetzung in marktfähige Produkte.

Die politische Bereitschaft, Forschung und Entwicklung auch staatliche Gelder zukommen zu lassen, genießt ebenso Priorität. Die beiden konservativen Schwesterparteien CDU und CSU äußern sich dabei relativ konkret (z.B. Leistungsanreize für Exzellenzinitiativen schaffen) und haben dies auch teilweise bereits in konkretes Regierungshandeln umgesetzt. Bei der SPD geht es vornehmlich darum, die erforderlichen Mittel für Forschung zu bündeln. Hinweise auf konkrete Förderschwerpunkte oder den erforderlichen Mitteleinsatz folgen aber nicht.

Einen letzten gemeinsamen Aspekt stellt der Vernetzungsgedanke dar und zwar innerhalb von Forschungseinrichtungen als auch zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Industrie. Das Zeitalter des Public Private Partnerships (PPP) scheint endgültig und auch parteiübergreifend angebrochen zu sein im Sinne eines durchgängigen, politischen Gestaltungsansatzes.

Interessant wird es bei den abweichenden Themenfeldern. So stellt die CSU als einzige Partei eine Verbindung zwischen Forschungspolitik und Standortpolitik her, wobei das Konzept der Clusterbildung im Sinne der exzellenzorientierten Entwicklung von Standorten als Vorbild dient. Der Bezug zur Ethik stellt sowohl für die SPD als auch CDU einen wichtigen Faktor dar, allerdings mit dem Unterschied, dass die CDU die Unantastbarkeit der Würde des Menschen quasi als Forschungsgrenze ansieht, hingegen die SPD bei der Erforschung neuer Technologien eine grundsätzliche Forschungsfeindlichkeit erkennen lässt und am liebsten alles überprüfen lassen möchte.

Einigkeit bei CDU und SPD besteht wiederum beim Schutzgedanken des geistigen Eigentums, das als elementare Grundlage für ein erforderliches Forschungsengagement angesehen wird. Als einzige Partei spricht sich die CDU für den Abbau von Bürokratiehürden in der Forschung aus und fordert gleichzeitig die Errichtung flexibler Organisationsformen.

### Forschungspolitische Zielvorstellungen von CDU, CSU und SPD im Überblick

Forschungspolitik	CDU (Grundsatzprogramm vom 03./04.12.2007)	CSU (Grundsatzprogramm vom 28.09.2007)	SPD (Grundsatzprogramm vom 28.10.2007)
<b>Stellenwert der Forschung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Höherer Stellenwert der Forschung</li> <li>rasche Umsetzung in marktfähige Produkte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Forschungspolitik ist Wirtschaftspolitik</li> <li>rasche Umsetzung in marktfähige Produkte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erfindungsreichtum, gute Ideen und die Innovationen sind die wichtigsten Produktivkräfte unseres Landes</li> </ul>
<b>Finanzielle Förderung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausbau der Spitzenposition in Forschung</li> <li>Besondere staatliche Unterstützung für Grundlagenforschung</li> <li>Vorrangiger Anspruch auf Forschungsförderung der Hochschulen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Steigerung der Staatsausgaben für F&amp;E gemessen am BIP</li> <li>Forschungspolitik ist Förderpolitik</li> <li>Ausbau des Stiftungssteuerrechts und Möglichkeiten für Sponsoring</li> <li>Leistungsanreize setzen für Exzellenz in Forschung durch               <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vollkostenfinanzierung</li> <li>- Forschungsprämie</li> <li>- Exzellenzinitiative</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mittel für Forschung bündeln</li> </ul>
<b>Vernetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Vernetzung von Grundlagen – und angewandter Forschung, von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft</li> <li>internationale Forschungsk Kooperationen</li> <li>Interdisziplinarität</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Vernetzung von Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen</li> <li>Vernetzung von Grundlagen- und angewandter Forschung, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Wirtschaft</li> <li>Interdisziplinarität auf nationaler und internationaler Ebene</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Vernetzung von Forschung, Produktentwicklung und unternehmerischen Investitionen</li> </ul>
<b>Standortpolitik</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Forschungspolitik ist Standortpolitik</li> <li>exzellenzorientierte Entwicklung von Standorten und Clustern in enger Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft</li> </ul>	
<b>Forschung Vs. Ethik</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Biomedizinische und gentechnische Forschung fördern</li> <li>Unantastbarkeit der Würde des Menschen als Grenze</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Neue Bio- und Gentechnologie sowie Möglichkeiten der Medizin dienen nicht immer dem Fortschritt und bedürfen deshalb der Überprüfung</li> <li>Erforschung und Anwendung erfordern deshalb eine ethische Reflexion</li> </ul>
<b>Eigentumsrechte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Klar definierte Eigentumsrechte sind Grundlage für Forschungsengagement</li> <li>Festigung von Regeln zum Schutz geistigen Eigentums in der WTO</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>geistiges Eigentum schützen und das Urheberrecht sichern</li> </ul>
<b>Fachkräfte</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausbildung qualifizierter Fachkräfte ist gemeinsame Aufgabe von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik</li> </ul>
<b>Bürokratie</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abbau von Bürokratiehürden für die Forschung</li> <li>Errichtung flexibler Organisationsformen</li> </ul>		

Quelle: Grundsatzprogramme von CDU, CSU und SPD; Übersicht und Zusammenstellung GlaxoSmithKline, Abteilung Gesundheitspolitik

Im Gegensatz zu den gesundheitspolitischen Zielvorstellungen, die eher einer punktuellen Programmatik Folge leisten, heben alle drei Parteien im Segment der Forschungspolitik auf die Relevanz dieses Politikfeldes ab. Diese neue forschungspolitische Akzentuierung ist aber nicht gänzlich neu, sondern konnte bereits schon zu Beginn der neuen großen Koalition Ende 2005 beobachtet werden unter der Ägide des CDU geführten Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Die forschungspolitischen Inhalte des neuen CDU-Parteiprogramms tragen daher auch unverkennbar die Handschrift von Bundesforschungsministerin Schavan. Aber auch die CSU stellt in ihrem neuen Grundsatzprogramm deutlich ihren Anspruch als „Forschungspartei“ heraus, während die SPD in der Formulierung erkennbar etwas halbherzig zurück bleibt, was an ihrer allgemein grundkritischen Haltung gegenüber der Forschung begründet sein mag.

Alles in allem gesehen senden die neuen Grundsatzprogramme doch deutliche Signale aus in Richtung Stärkung des Forschungs- und Entwicklungsstandortes Deutschland, ohne jedoch den Grundgedanken eines politikübergreifenden Handlungsansatzes zwischen Forschung und Gesundheit mental zu beleben.

## 4. BEWERTUNG UND AUSBLICK

Forschungspolitik schlägt Gesundheitspolitik. Mit dieser Bewertung endet der direkte Vergleich zwischen diesen beiden Politikfeldern. Die Beantwortung der eingangs formulierten Fragestellungen erfordert daher eine differenzierte Vorgehensweise.

Zu den künftigen Herausforderungen im Gesundheitswesen gibt es keinen erkennbaren Ansatz, der über die hier skizzierten Allgemeinplätze hinausgeht. Politikverdruss oder schlichter Mangel an kreativen Lösungen? Allen Parteien gemein ist jedenfalls das Verhalten, dass die aktuelle gesundheitspolitische Reformagenda weder gestreift noch grundsätzlich thematisiert wird. Offensichtlich lässt sich mit Begriffen wie „Gesundheitsfonds“ oder „Morbi-RSA“ kein attraktiver Parteienwettbewerb bestreiten. Was etwas nachdenklich stimmt ist die Feststellung, dass keine Partei auch nur im Ansatz einen Versuch unternommen hat, eine reformpolitische Gesamtarchitektur für das Gesundheitswesen von morgen zu entwerfen. Es steht deshalb zu befürchten, dass künftige Reformabsichten wie bisher vornehmlich durch tagespolitische Ereignisse bestimmt werden und strategisch relevante Reformansätze dann schlicht auf der Strecke bleiben. So findet beispielsweise der Trend zur Europäisierung des Gesundheitswesens von keiner Partei Beachtung.

In einem zunehmend wettbewerblich ausgerichteten Gesundheitswesen ist daher künftig wohl Hilfe zur Selbsthilfe angesagt. Dabei wäre ein politisch stringenter Ordnungsrahmen wirklich vonnöten, um unerwünschte Risiken und Nebenwirkungen im Gesundheitswesen auf einem möglichst niedrigen Niveau zu halten.

Das aus gesundheitspolitischer Sicht erschöpfende Reformjahr 2007 stellt daher keinen geeigneten Zeitpunkt dar, die programmatische Weiterentwicklung des Gesundheitswesens nachhaltig zu befördern.

Im Gegensatz zu den gesundheitspolitischen Zielvorstellungen heben alle drei Parteien im Segment der Forschungspolitik auf die Relevanz dieses Politikfeldes ab. Die Forschungspolitik gilt durchaus als innovatives Herzstück der großen Koalition. Wie in kaum einem anderen Politikbereich sind die 2005 vereinbarten Inhalte im Koalitionsvertrag im Dunstkreis der europaweit vorgegebenen „Lissabon-Strategie“ sukzessive zur Umsetzung gelangt. Der Forschungsstandort Deutschland hat zwischenzeitlich deutlich an Konturen gewonnen. Aus parteipolitischer Sicht und auf Grundlage der verabschiedeten Grundsatzprogramme neigen

CDU und CSU im Bereich Forschung zu einer deutlich offensiveren Politikgestaltung, während die SPD sich eher mit einer defensiveren Gestaltungsrolle identifiziert.

Der fehlende Brückenschlag zwischen Forschungs- und Gesundheitspolitik bleibt aber ein systemimmanentes Merkmal, das in den kommenden Jahren auf den politischen Prüfstand gehört. Ein starker Forschungs- und Innovationsstandort wird auf Dauer nur dann Früchte tragen, wenn es gelingt, der Überregulierung im Gesundheitswesen habhaft zu werden und medizinische Innovationen per se nicht als Kostenfaktor zu werten, sondern mitunter auch als Qualitätsindikator anzuerkennen.

### Die neuen parteipolitischen Grundsatzprogramme von CDU,CSU und SPD im Internet unter:

<http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/>

<http://www.csu.de/home/Display/Politik/Grundsatzprogramm/Grundsatzprogramm>

<http://www.spd.de/menu/1681944/>

### Disclaimer

Dieser Bericht basiert auf öffentlichen Informationen, die wir als zuverlässig erachten, für die wir aber keine Gewähr übernehmen, genauso wie wir für die Vollständigkeit und Genauigkeit nicht garantieren können.

#### Impressum

##### Herausgeber

GlaxoSmithKline GmbH & Co.KG

<http://glaxosmithkline.de>

vertreten durch die  
GlaxoSmithKline Verwaltungs-  
GmbH  
Theresienhöhe 11  
80339 München

Geschäftsführer  
Dr. Thomas Werner (Vors.)

Tel.: 0800-122 33 55  
Fax: 0800-122 33 66  
[info@gsk.com](mailto:info@gsk.com)

Registergericht:  
Amtsgericht München  
HReg: HRA 78754

Zuständige Aufsichtsbehörde:  
Regierung von Oberbayern  
Maximilianstraße 39  
80538 München

#### Kontakt

##### Verantwortlich

Roger Jaeckel (v.i.S.d.P.)  
Leiter Gesundheitspolitik

Tel.: 089 – 360 44-8327  
Fax: 089 – 360 44-9-8327  
[roger.jaekel@gsk.com](mailto:roger.jaekel@gsk.com)